



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ein englisches Seitenstück zu dem Streit um die Heeresreorganisation in
Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Statuen Schillers an seinem hundertsten Geburtstage allenthalben aufstiegen als Denkmäler unserer geistigen und als Mahnbilder unserer politischen Einheit, so steht nunmehr Dantes Gestalt als nationales Symbolum vor den Augen der Italiener. —

Die Nachbarn über den Alpen sind realistischere Naturen. Begabt mit kraftvoller Einseitigkeit in allen einmal ergriffenen Tendenzen, haben sie ihr nationales Ziel eher als ihre kühnste Hoffnung träumte, beinahe völlig erreicht. Wir Deutschen sind Earg bedacht mit dem unschätzbaren Gute, das allein schnelle politische Erfolge möglich macht. Noch manches Lustrum, wenn auf Dantes Standbildern schon die Kränze der Erinnerung an das heutige Fest der Einheit welken, werden wir an unsern Schillersäulen die Qualen unsrer Geduld zählen. Aber der Glückwunsch, den wir den Italienern hinüberryufen zu ihrer Feier, braucht nicht ohne Frucht für uns selber zu sein. Allen großen Erfolgen der modernen Völker wohnt eine fortwirkende überzeugende Kraft inne. Wenn vollends Wahlverwandtschaft der Nationen, die auf hoher gegenseitiger Achtung ruht, Aehnlichkeit der politischen Schicksale verbürgt, so dürfen wir das Fest jenseits der Alpen als eine Prophetie für uns selber betrachten. Durch die zum Festgruß dargereichte Hand mag etwas herüberströmen von der Energie der Selbstverläugnung, mit der die Italiener in guten und in bösen Tagen unbeirrt nach ihrem Ziel gerungen haben!

mu.

Ein englisches Seitenstück zu dem Streit um die Heeresreorganisation in Preußen.

Wie es für den Einzelnen lehrreich ist, an tüchtigen Nachbarn und Mitbürgern zu sehen, wie sie die einzelnen Krisen ihrer geistigen Entwicklung durchgekämpft und überstanden haben, so kann es auch Völkern in den Krisen ihrer staatlichen Entwicklungen nützlich sein, auf die Vergangenheit anderer Nationen, die im politischen Leben weiter fortgeschritten sind, zurückzublicken und zu sehen, wie sie die ihnen entgegenstehenden Hindernisse in einzelnen Fragen überwandten.

Zwar wird es sich dabei nicht in allen Fällen darum handeln, hier dasselbe

zu hoffen oder denselben Weg einzuschlagen, wie dort; denn dies würde gleiche sociale Grundlagen und wenigstens sehr ähnliche Situationen und Individualitäten voraussetzen, aber gewisse Fingerzeige für das Urtheil und die Action in der betreffenden Frage werden bei solchen Vergleichen immer sich ergeben.

Von diesem Gesichtspunkte aus wollen wir versuchen, ein Bild des Ganges zu entrollen, den vor mehr als anderthalb Jahrhunderten die Heeresfrage in England nahm. Dasselbe wird uns, die wir eine ähnliche Frage nun schon sechs Jahre lang die Regierung und Volksvertretung des preussischen Staates beschäftigen sehen, deutlich zeigen, wie sehr wir noch in den Anfängen unserer politischen Entwicklung stehen.

Es war unter der Regierung Königs Wilhelm, jenes Wilhelm, dem die Geschichte eher wie manchem andern groß genannten Fürsten das Prädicat des Großen geben könnte, in den Tagen Wilhelm des Befreiers, der im Gegensatz zu Wilhelm dem Eroberer, dem Gründer des Feudalstaates, den Ruhm hat, die Sache der bürgerlichen und religiösen Freiheit mit großem Sinn durchgeföhrt und die constitutionelle Monarchie in England fest begründet zu haben. Neun Jahre waren es, seit der große Dranier herrschte, neun Jahre eines ruhmvollen Regiments, in denen er als Krieger wie als Staatsmann glorreich die Sache des Protestantismus jenem stolzen Ludwig dem Bierzehnten gegenüber geführt und das gesunkene Ansehn Englands wieder zu derselben Höhe gebracht hatte, die es je unter dem gewaltigen Cromwell eingenommen, da schien der Friede von Ryswik allen Kämpfen für lange Zeit ein Ende zu machen.

Die Nachricht hiervon wurde in England freudig aufgenommen. Nachdem der Krieg Jahre lang gewüthet, durfte man hoffen, sich nun völlig den Geschäften des Friedens hingeben zu können, der Lasten entledigt, die der große Kampf dem Lande aufgenöthigt hatte. Hatte man doch ein Landheer von nahe an 90,000 Mann zu unterhalten und dabei fortwährend in erhöhtem Maße für die Wehrhaftigkeit zur See zu sorgen gehabt. Man durfte erwarten, das Budget wenigstens um die Kosten des Landheeres erleichtern zu können. Zwar fehlte es nicht an solchen, die für die Sicherheit des Reiches eine Landmacht immer noch für nöthig hielten, zwar mußte man voraussehen, daß König Wilhelm als Feldherr wie als Staatsmann nur sehr ungerne daran gehen werde, ein Heer zu entlassen, welches er in harter Schule sich mühsam herangebildet hatte: trotz alledem wurde der Wunsch nach Auflösung der Armee immer allgemeiner. Erst seit wenig Jahren erfreute sich das Land der Pressfreiheit, durch deren Gewährung König Wilhelm eine neue Aera seiner Regierung eingeweiht hatte. Die Presse bemächtigte sich jetzt dieser Tagesfrage, um das Für und Wider in derselben mit Leidenschaft zu besprechen. Sie discutirte die seitdem ziemlich oft discutirte Frage: ob Berufsheer oder Volksheer, sie führte aus, daß seit den Zeiten der Griechen und Römer das Volksheer stets die Kriege der Völker

entschieden habe, während das Berufsheer immer der Sache der Freiheit feindlich gewesen sei. Die Leidenschaft war erregt. Ruhige Erörterung half nicht mehr, eine Broschüre, der Bilanzbrief, welchen man einem hervorragenden Mitglied der Regierung, dem Freund des Königs, Lord Somers zuschrieb, und welche diese Erörterung versuchte, nützte wenig. In dieser Broschüre ward angeführt, daß Volksheere in der Regel Berufsheeren nicht Stand zu halten geeignet seien, und in der Erkenntniß, daß oft nur ein Wort die beste Sache zu vereiteln im Stande ist, unter Preisgebung des stehenden Heeres für eine zeitweilige Truppenmacht plaidirt, deren Bestand von der Entschließung des Parlaments abhängen sollte.

Mitten in diesen Meinungskampf fiel der Zusammentritt des Parlaments, und offen führte die Thronrede mitten in die Frage des Tages hinein. König Wilhelm verkündete: Die Lage der auswärtigen Angelegenheiten ist derart, daß ich es für meine Pflicht halte, meine Meinung dahin auszusprechen, daß zur Zeit England ohne Landheer nicht sicher sein kann, und ich hoffe daher, wir werden denen, die es schlecht mit uns meinen, nicht die Gelegenheit bieten, unter dem Deckmantel des Friedens das zu Wege zu bringen, was sie durch den Krieg nicht erreichen konnten.

Die Thronrede wurde gut aufgenommen; das Unterhaus beschloß eine Adresse, die dem König versichern sollte, es werde im Frieden ebenso zu ihm halten wie im Kriege.

Die Freunde der Regierung hatten guten Muth. Sie hofften die Beibehaltung einer Armee von 30,000 Mann durchbringen zu können. Sie irrten: acht Tage nach Eröffnung des Parlamentes, am 10. December 1697, besprach das Haus in vertraulicher Sitzung die Thronrede.

Die Führung der Opposition übernahm Robert Harley, einer jener Liberalen, die es als Aufgabe ihrer Partei ansehen, jeder Regierung, selbst einer liberalen, Opposition zu machen, und der daher, ohne daß er es selbst sich hätte zugestehen wollen, aus einem Whig ein Tory geworden war. Harley behauptete, nach dem Frieden von Ryswick brauche keine größere Truppenmacht als nach dem Frieden von Nimwegen gehalten zu werden, und beantragte, daß die Armee auf den Fuß von 1680 gebracht werde.

Das Ministerium erkannte, daß es in dieser Frage auf seine Freunde nicht rechnen könne. Die Erhaltung der Armee war im Lande unpopulär, und dieses Parlament hielt seine letzte Sitzung. Aus Rücksicht auf die Neuwahlen konnten sie nicht dafür stimmen. So zeigte sich zum ersten Male der verderbliche Einfluß der dreijährigen Parlamentsperioden, den Wilhelm vorausgesehen hatte, da er zum ersten Male dem betreffenden Gesetz seine Bestätigung versagt hatte, und das er trotzdem, aus Achtung vor dem Volkswillen bestätigt hatte, als es ihm zum zweiten Male vorgelegt worden war.

Harleys Antrag ging also durch. Am andern Tag wurde darüber Bericht erstattet. Nach einer langen Debatte wurde er mit 185 gegen 148 Stimmen bestätigt.

In dieser Debatte äußerte sich die öffentliche Mißstimmung gegen Sunderland, der, zweifelhaften Angedenkens schon von Jacob dem Zweiten her, erst in der letzten Zeit zu hohen Würden gelangt war. Sunderland, für sein Leben besorgt, nahm seine Entlassung, und da diese einen guten Eindruck gemacht hatte, hoffte die Regierung das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Die öffentliche Stimmung war aber unterdeß immer aufgeregter geworden. Es regnete Pamphlete, durch welche das Militär so aufgeregert wurde, daß Wilhelm, um Conflict zu verhüten, den Offizieren verbot, ihre Quartiere zu verlassen.

Am 8. Januar 1698 versuchte das Ministerium eine Aufhebung des harleyschen Antrags zu erlangen; es unterlag aber auch diesmal mit 164 gegen 188 Stimmen. Selbst die in der Kammer sitzenden Marineoffiziere stimmten mit der Opposition.

Nun mußte man nachgeben und der Sache die beste Seite abzugewinnen suchen. Das 1680 in England befindliche Heer betrug nicht ganz 5000 Mann; aber wenn man die damals in Tanger und die im Sold der Generalstaaten stehenden Regimenter hinzurechnete, kamen nochmals 5000 Mann zusammen. Die Minister legten daher die Resolution vom 11. December dahin aus, daß das Heer aus 10,000 Mann bestehen solle und dabei beruhigte sich das Haus. Das Unterhaus behandelte übrigens die Frage als eine Finanzfrage, ohne die Truppenzahl zu bestimmen, in jener war diese enthalten. Die Regierung forderte daher 400,000 £. Die Opposition hielt 300,000 £. für ausreichend. Da compromittirte man auf 350,000. Außerdem setzte das Haus die entlassenen Offiziere bis zu weiterer Versorgung auf Halbsold, um im Kriegsfall geübte Offiziere zur Hand zu haben. Die Regierung ihrerseits brachte später noch eine Bewilligung für 3000 Marinesoldaten durch.

Es folgten die Neuwahlen, die eine Masse unbekannte Mitglieder in das Unterhaus brachten, während Regierungscandidaten unterlagen. Wilhelm selbst hatte in England Unzufriedenheit erregt, weil er auch dies Jahr, obwohl durch die Weltlage nicht dazu gezwungen, nach Holland gegangen war. Es zeigte sich die Eifersucht gegen das Ausland. Zudem hatte er die Eröffnung des Parlaments auf den 29. November, fast den spätest zulässigen Termin festgesetzt. Dies ward, da die londoner Saison damals schon um Michaelis begann, als Rücksichtslosigkeit angesehen, zumal Wilhelm sonst immer schon zum 5. November, seinem Geburtstag und dem Jahrestag seiner Landung, die Glückwünsche beider Häuser entgegengenommen hatte. Und nun war er selbst zum 29. November, allerdings durch ungünstige Winde an der Ueberfahrt ver-

hindert, nicht zurück. Am 6. December endlich eröffnete er das Parlament, nicht ohne Hoffnung, eine Vermehrung der Armee durchsetzen zu können. Er drückte daher in der Thronrede seine feste Ueberzeugung aus, daß die Häuser bereit sein würden, alles für die Sicherheit, Ehre und das Glück des Landes Erforderliche zu thun. Weiter fordere er nichts. Wenn sie die Armee- und Marineeinrichtungen beriethen, würden sie sich erinnern, daß England die hohe Stellung, die es unter den europäischen Mächten erlangt habe, nicht behaupten könne, wenn es nicht gegen Angriffe gerüstet sei. Sein Handel würde sonst abnehmen, sein Credit sinken, seine innere Ruhe gefährdet sein.

Das Ministerium sah die Dinge nicht so rosig an. Es glaubte höchstens 10,000 Mann durchbringen zu können, wenn diese als unumgänglich gefordert würden; wogegen der König noch 20,000 Mann für unzureichend hielt, und keine Vorlage machen wollte, die ihm unwürdig schien. Derartige Forderungen aber glaubte das Ministerium nicht stellen zu können, da es voraussah, daß dies zur Auflösung der ganzen Armee führen würde. Der König war über diese Remonstrationen höchst ungehalten. Er zweifelte an der Aufrichtigkeit seiner Minister und gab ihnen zu erkennen, daß, wenn es ihnen nur Ernst sei, sie sicherlich auch eine achtungsgebietende Truppenmacht durchsetzen würden.

So kam der Tag zur Adreßberathung. Die Debatte drehte sich um die Hauptfrage, wie für die Vertheidigung des Reiches gesorgt werden solle. Man erwartete einen Regierungsvorschlag. Da aber das Ministerium still blieb, beantragte Harley, daß die Armee nicht über 7000 Mann betragen solle. Ein Amendement auf 10,000 Mann wurde zwar gestellt, aber da es von der Regierung nicht ausging und nicht befürwortet wurde, wurde Harleys Antrag zuerst im Comité und am andern Tage, nachdem Bericht erstattet worden war, in förmlicher Sitzung angenommen. Das Haus beschloß außerdem, daß alle 7000 Mann geborne englische Untertanen sein müßten.

Der letztere Beschluß ging direct gegen den König, der die holländische Gardieinfanterie, seine Lieblingsstruppe, die 1688 zuerst in London eingezogen und 1690 sich zuerst in die Fluthen des Boyne gestürzt, außerdem nie zu Klagen Anlaß gegeben, noch in England behalten hatte.

König Wilhelm war aufs äußerste erregt. Er faßte den Plan abzudanken und nach Holland zu gehen. Seine Abdicationsproclamation hatte er schon entworfen und übersetzt; er theilt sie seinem Minister Somers mit. Dieser entgegnet ihm, dies sei Uebertreibung, ja Wahnsinn. Wilhelm beharrt. Somers hat eine zweite Audienz. Wilhelm sagt: Wir werden nicht einig. Mein Entschluß ist gefaßt. Somers bittet ihn um seine Entlassung.

Nun machen die Minister noch einen Versuch, des Königs Wünsche durchzusetzen. Ein Ausschuß wird eingesetzt, um ein Gesetz zur Armeereduction zu entwerfen. Die Regierungspartei beantragt, dieser Ausschuß solle ermächtigt

werden, die Truppenzahl in Erwägung zu ziehen. Obwohl das Ministerium diesen Antrag mit außerordentlichem Geschick vertheidigt, werden doch alle, die für Ermächtigung sprechen, zur Ruhe geschrien. Bei der Fragestellung ertönt ein lautes Nein. Von einer Abstimmung sieht die Minderheit, um ihre Schwäche nicht zu offenbaren, ab. Das Gesetz über die Armeereduction selbst macht schnell alle Stadien durch und wird mit 221 gegen 154 Stimmen angenommen.

Im Oberhaus wurde es nun zwar nicht günstig angesehen; wenn man aber dem König nicht die Gelder zum Unterhalt der Truppen gab — und das konnte nur das Unterhaus — so half die Verwerfung nichts; es ging daher auch hier ohne Abstimmung durch.

Wilhelm hatte unterdeß seine Selbstbeherrschung wiedergewonnen. Sein Veto konnte er in dieser Frage nicht einlegen, ohne die Auflösung der ganzen Armee zu veranlassen, er beschloß nachzugeben; vorher aber eine zugleich ernste und freundliche Ermahnung an sein Volk zu richten. Er erscheint deshalb, ohne in seinem Außern seine Erregung zu verrathen, im Oberhaus, läßt das Unterhaus entbieten und sagt, er sei gekommen, um ihnen kund zu thun, daß er das Gesetz gleich nach seiner Vollendung bestätigen werde; doch wolle er noch einmal ihnen vorstellen, daß sie ihn, ihren Befreier, unfreundlich behandelt hätten. Indeß sei es seine feste Ueberzeugung, daß dem Staat nichts so gefährlich sei, als wenn man ihn mit Mißtrauen betrachte, sei dasselbe auch noch so ungegründet. Allein aus diesem Grunde werde er das Gesetz bestätigen; damit ihn aber niemand für die Folgen verantwortlich mache, sei es seine Pflicht, ihnen zu sagen, daß in der That die Nation zu ausgesetzt bleiben würde.

Im Allgemeinen gefiel diese Rede, und das Unterhaus beschloß eine Dankadresse, worin es ihm versicherte, daß die Nation immer zu ihm stehen werde.

Da traten auf einmal Ereignisse ein, welche die ganze Lage der Dinge änderten. Der Erbprinz von Bayern starb. Bald konnte der ganze Continent unter Waffen sein. Die öffentliche Meinung erhielt einen Umschwung, und die Regierung durfte hoffen, jetzt eine Vermehrung der Heeresmacht durchzusetzen. Da aber zeigte Wilhelm, daß er auch Mensch sei. Anstatt eine Vermehrung der englischen Truppen zu fordern, strengte er seinen Einfluß an, um für die holländische Garde die Erlaubniß zu erwirken, auf der Insel zu bleiben.

Die Sache kam zuerst vor das Oberhaus. Eine Resolution, freudig jeden Plan zu unterstützen, die Dienste der holländischen Brigade dem Lande zu erhalten, wird mit 54 gegen 38 Stimmen durchgebracht. Die Minorität protestirt gegen die ganze Abstimmung. Im Unterhaus macht der Vorgang böses Blut. Es wird als unparlamentarisch bezeichnet, diese Woche ein Gesetz zu bestätigen, und die nächste eine Resolution, welche es verurtheilt. Wilhelm geht jedoch bis zum Außerssten. Er sendet an das Unterhaus eine allem Gebrauch zu-

wider ganz eigenhändig geschriebene Botschaft, worin er anzeigt, daß alle zur Einschiffung der Holländer nöthigen Vorbereitungen getroffen seien und daß sie augenblicklich abmarschiren würden, wenn nicht das Haus sie aus Rücksicht auf ihn beibehalten wolle, was er sehr hoch aufnehmen werde.

Aber auch diese Erniedrigung half dem König nichts. Zwar beantragte ein Mitglied die Festsetzung eines Tages, um die Sache in Erwägung zu ziehen. Aber die Majorität, die in nichts willigen wollte, was wie Zaudern ausah, beantragte die Vorfrage, und hier zeichnete sich wieder jener Harley aus, indem er beißend äußerte, er glaube nicht, daß die Minister dem König zu diesem Schritt gerathen hätten: hätten sie die Holländer beibehalten wollen, so würden sie bei den Gelegenheiten, die sich in der Debatte über das Gesetz dargeboten, darauf angetragen haben. Die Minister schwiegen.

Das Haus erließ wieder eine Adresse, die so mild als möglich abgefaßt wurde, in der aber doch die Stelle, worin man den König daran erinnerte, daß er in seiner Proclamation von 1688 selbst versprochen habe, die fremden Truppen nach der Befreiung des Landes zurückzuschicken, mit 163 gegen 157 Stimmen durchging. Diese Adresse überreichte das gesammte Haus. Wilhelm beantwortete sie gehalten und würdig, ließ aber durchblicken, daß er tief verlegt sei.

Somit war die Sache beendet; denn die holländischen Truppen marschirten augenblicklich unter der Theilnahme der ganzen Bevölkerung, da sie nie Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben hatten, ab. Macaulay, dem dies entnommen ist, berichtet, daß bei ihrem Ausmarsch eine Stimme die Abziehenden gehöhnt, Hans spiele jetzt, da er zehn Jahre vom Mark des Landes gezehrt habe, eine bessere Figur als bei seiner Ankunft, aber unter dem Beifall der Menge von einem Holländer mit den Worten abgetrumpft worden sei: „Und Ihr würdet jetzt eine hübsche Figur spielen, wenn wir nicht gekommen wären.“

Die Rococozeit in der römischen Literatur.

Renaissance und Rococo in der römischen Literatur. Ein Vortrag von Martin Herz.
Berlin, W. Herz. 1865. 50 S. 8.

Wenn im Folgenden die Zeit Cäsars und Augusts als die edelste Periode der alten römischen Literatur bezeichnet ist, so verwahren wir uns dagegen, damit die alte lateinische Literatur überhaupt gemeint zu haben. Die höchste